



Die aktuelle Kolumne
vom 26.01.2009

**Ein Meilenstein für eine
zukunftsfähige Energieversorgung –
Die Internationale Agentur für erneuerbare
Energien wird gegründet**

Von Sigmar Gabriel, Bundesminister für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit und
Heidemarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin
für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung



Ein Meilenstein für eine zukunftsfähige Energieversorgung – Die Internationale Agentur für erneuerbare Energien wird gegründet.

Bonn/Berlin, 26.01.2009. Der Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine hat gezeigt, wie abhängig die Welt von fossilen Energieträgern ist. Allein dieser Konflikt hat die Energieversorgung in weiten Teilen Europas stark beeinträchtigt. Einmal mehr wird deutlich, dass eine Umkehr hin zu erneuerbaren Energien zwingend notwendig ist. Auch der Klimawandel erfordert eine Energiewende. Eine drastische Senkung der Treibhausgasemissionen kann nur durch eine nachhaltige Energieversorgung erreicht werden. Insbesondere die ärmsten Länder müssen Zugang zu sauberer Energie bekommen. Bis heute haben mehr als zwei Milliarden Menschen keinen Zugang dazu. Erneuerbare Energien sind ein wesentlicher Faktor für wirtschaftliche Entwicklung und Bekämpfung der Armut. Sie können dezentral eingesetzt werden, so dass auch entlegene Regionen Zugang zu Energie und somit Chancen auf Entwicklung haben.

In diesen Tagen und Wochen wird einmal mehr einer vermeintlichen „Renaissance der Atomenergie“ das Wort geredet. Die Aufmerksamkeit, die diese Energieerzeugung in den Medien genießt, steht in einem bemerkenswerten Missverhältnis zu ihrem Anteil am weltweiten Endenergieverbrauch: weniger als 2 Prozent, und die Zahl der Atomreaktoren nimmt seit Jahrzehnten ab statt zu. Die erneuerbaren Energien bringen es inzwischen auf einen Anteil von rund 18 Prozent am Primärenergieverbrauch – mit steigender Tendenz, denn das riesige Potenzial der erneuerbaren Energien ist längst nicht ausgeschöpft. Hier setzt die von Deutschland vorangetriebene Initiative zur Gründung einer internationalen Agentur für erneuerbare Energien, kurz IRENA genannt, an. IRENA soll als treibende Kraft Industrie- und Entwicklungsländer unterstützen, um Sonne, Wind und Wasser, sowie Biomasse und Erdwärme zur Deckung ihres Energiebedarfs zu nutzen. Neben Beratung der Mitgliedsstaaten bei der Schaffung effektiver Rahmenbedingungen wird die Agentur auch den Technologie- und Wissenstransfer fördern sowie den Kompetenzaufbau im Bereich erneuerbarer Energien unterstützen.

Über 100 Expertinnen und Experten werden ihre Kräfte auf die Mobilisierung von Ressourcen nur für den Ausbau der erneuerbaren Energien konzentrieren. Das unterscheidet sie von allen anderen internationalen Organisationen.

Erneuerbare Energien stärken die heimische Energieversorgung und erhöhen damit die Versorgungssicherheit. Sie verringern die Importabhängigkeit von Öl, Gas und Kohle und können insbesondere Entwicklungsländer von steigenden Weltmarktpreisen entlasten.

Zudem entlasten erneuerbare Energien das Klima. In Deutschland wurden 2007 immerhin 115 Millionen Tonnen Treibhausgase durch ihren Einsatz vermieden. Zudem sind die erneuerbaren Energien ein treibender Motor für wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze. Die Bundesregierung hat mit geeigneten Rahmenbedingungen den Weg für einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien frei gemacht. Dank des Erneuerbare-Energien-Gesetzes liegt der Anteil im Strombereich inzwischen bei 15 % und soll bis 2020 auf mindestens 30 % ansteigen. Damit verbunden sind jährliche Investitionen von 15 Milliarden Euro. In dieser Branche sind bereits heute mehr als 250.000 Menschen beschäftigt, bis 2020 können es doppelt so viele sein.

Trotz dieser einzigartigen Erfolgsstory ist der Weg nicht frei von Rückschlägen. So kommt der Ausbau der Windenergie auf dem Meer bei uns nicht so schnell voran, wie ursprünglich angenommen. Das liegt u. a. an den großen technischen Herausforderungen. Das Testfeld, das derzeit mit Unterstützung der Bundesregierung in der Nordsee errichtet wird, hat hier eine Pilot-



funktion. Weltweit stehen der breiten Nutzung der erneuerbaren Energien noch zahlreiche Hindernisse im Wege. Durch politisch motivierte Subventionierung konventioneller Energieträger wird der Markt verzerrt. Weltweit werden fossile Energien mit einem Betrag von etwa 240 Milliarden US-Dollar jährlich subventioniert. Dagegen werden erneuerbare Energien nach Berechnungen der Umweltorganisation der Vereinten Nationen nur mit etwa 20 Milliarden US-Dollar jährlich unterstützt. Dies liegt auch daran, dass die Rahmenbedingungen zur Förderung oft ineffektiv sind und das technische Know-how unzureichend ist.

Eine Reihe positiver Beispiele zeigt, dass viele Vorbehalte auf einen Mangel an Informationen zurückzuführen sind. Dänemark hat bereits einen Windstromanteil von durchschnittlich über 20 Prozent. Es beweist damit, dass mit intelligenten Systemen auch große wechselnde Strommengen in die bestehenden Netze eingespeist werden können. Spanien zeigt mit seiner führenden Rolle bei der Installation solarthermischer Kraftwerke, wie die Nutzung heimischer Ressourcen zu einer Erweiterung der Energieträger beiträgt. Auch in Afrika sind moderne erneuerbare Energien längst im Kommen. In Kenia steht das größte Erdwärmekraftwerk des Kontinents, und bereits 12 Prozent der Stromproduktion sind dort geothermischen Ursprungs.

Dass erneuerbare Energien enorme ökologische und ökonomische Chancen bieten, haben inzwischen viele Länder erkannt. Dies zeigt der große Erfolg der Initiative, bei der Deutschland insbesondere von Dänemark und Spanien unterstützt wurde. Zur IRENA-Gründungskonferenz am 26. Januar 2009 in Bonn haben sich Regierungsvertreter von mehr als 100 Staaten angekündigt. IRENA markiert einen Meilenstein hin zu einer globalen Energiewirtschaft, die den drei Prinzipien der Nachhaltigkeit – sozial, ökologisch, wirtschaftlich – gleichermaßen gerecht wird.

Bereits im Juni werden die Mitgliedsstaaten über den Sitz der Agentur entscheiden und den oder die ersten Generaldirektor/erste Generaldirektorin der Agentur auswählen, damit die Arbeit zügig vorankommt. Deutschland wird sich mit dem UN-Standort Bonn für den Sitz von IRENA bewerben.



Bundesumweltminister
Sigmar Gabriel und



Bundesentwicklungsministerin
Heidmarie Wieczorek-Zeul